

Islamismus



VORWORT

„Ja, natürlich“ sagte der 26-jährige Murat K. im Prozess vor dem Bonner Landgericht im Oktober 2012 auf die Frage des Richters, ob er die Werte des Islam mit Gewalt durchsetzen müsse. „Ihr habt Eure Meinungsfreiheit, aber als gläubiger Muslim muss der Islam meine Meinung sein. Eure Werte erlauben es, den Propheten zu beleidigen. Der Islam erlaubt das nicht. Im Islam gilt die Todesstrafe dafür.“ Auf einer Demonstration in Bonn im Mai 2012 hatte Murat K. zwei Polizisten mit Messerstichen schwer verletzt. Auslöser der bisher beispielelosen Ausschreitungen einiger salafistischer Demonstranten waren die „Mohammed Karikaturen“, die die rechtsextreme Partei „Pro-NRW“ bei ihren umstrittenen Wahlkampfkundgebungen immer wieder gezeigt hatte.

Seit der Tötung des al-Qaida-Führers Usama Bin Laden am 2. Mai 2011 und über zehn Jahre nach dem 11. September 2001 hat sich die abstrakte Bedrohung durch den internationalen islamistischen Terrorismus nicht verringert. Weiterhin planen dem Jihad verpflichtete Gruppierungen Anschläge auf die vermeintlich unislamische und insbesondere westlich geprägte Gesellschaft, auch Deutschland ist im Fokus. Bislang konnten Attentatsversuche terroristischer Gruppierungen in Deutschland rechtzeitig erkannt und verhindert werden. Die frühzeitige Aufdeckung entsprechender Vorhaben von Einzelpersonen stellt jedoch eine besondere Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden dar. Im Fall des Murat K., den der Richter zum Prozessabschluss als „Prototyp eines brandgefährlichen Fanatikers“ bezeichnete, war dies nicht gelungen.

Die Suche nach Ursachen und Motiven ist entscheidend für die Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus und geht über die klassischen Aufgaben der Sicherheitsbehörden hinaus. Diese Broschüre informiert über Ideologie, Entstehungsgeschichte und Strukturen des Islamismus. Dabei geht es im Kern um eine klare Differenzierung und das Spannungsfeld zwischen Islam und Islamismus; also zwischen der im Grundgesetz verbrieften Religionsfreiheit auf der einen und islamistischen Ideologie,

welche der freiheitlichen demokratischen Grundordnung widerspricht, auf der anderen Seite.

In Thüringen lehnt die ganz überwiegende Mehrheit der Muslime islamistische Bestrebungen ab. Gemeinsam mit ihnen müssen gesellschaftliche Organisationen und der Staat gegen Fanatiker vorgehen, und zwar nicht nur gegen die gewaltorientierten, sondern auch gegen jene, die versuchen, islamistische Positionen langfristig in der Gesellschaft durchzusetzen.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Vorwort	1
1 Der Islam und die Muslime	5
2 Die Ideologie des Islamismus	7
2.1 Die Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus.....	8
2.2 Kennzeichen islamistischer Ideologie.....	9
Der Islam als Gesellschaftsordnung	9
Selektive Interpretationen des Koran	11
Orientierung an frühislamischen Herrschaftsformen	12
Radikale Ablehnung der politischen Verhältnisse der Herkunftsländer.....	13
Ablehnung westlicher Demokratien und Diffamierung von Nicht-Muslimen	14
Militantes Verständnis des Jihad.....	14
Fazit.....	16
3 Islamistische Bewegungen	17
3.1 Die Geschichte	17
3.2 Islamistische Gruppen.....	18
3.2.1 Nicht-gewaltorientierte islamistische Gruppen ...	19
Die türkische „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş“ (IGMG)	19
Die arabische „Muslimbruderschaft“ (MB).....	20
Tabligh-i Jamaat al-Islami	21
3.2.2 Salafistische Bestrebungen.....	23
3.2.3 Gewaltorientierte Islamisten.....	25
3.2.3.1 Regional agierende Gruppen.....	25
Die palästinensische „Bewegung des islamischen Widerstands“ (HAMAS)	26
Die libanesische „Hizb Allah“ („Partei Gottes“)....	27
Die Nordkaukasische Separatistenbewegung (NKSB)	28
„Ansar al-Islam“ („Helfer des Islam“)	30
3.2.3.3 Internationale terroristische Netzwerke	31
„Muhahedin-Netzwerke“/ al-Qaida.....	32
Filialen der al-Qaida	34

	„Ungebundene Mujahedin“	34
3.3	Die Gefährdung durch den internationalen islamistischen Terrorismus	34
	Internationale Anschlägeziele	35
	„individualisierter Jihad“	37
	Rekrutierung potenzieller Attentäter	37
	Ausbildung in „Terrorcamps“	38
	Bedrohung durch Audio- und Videobotschaften	38
	Propaganda und Rekrutierung im Internet	40
	Deklaration	40
	Kommunikation	41
	Radikalisierung und Rekrutierung	41
	Die Gefährdung Deutschlands.....	42
4	Strategien gegen den Islamismus.....	44
	Auseinandersetzung mit legalistisch agierenden Gruppen.....	44
4.2	Bekämpfung gewaltorientierter Gruppen.....	45
	Erweiterte Befugnisse von Sicherheitsbehörden.....	46
	Internationale Kooperation und Außenpolitik.....	47
4.3	Wie Sie helfen können.....	47
5	Anhang.....	49
	Logos islamistischer Organisationen.....	49
	Bestellungen von Publikationen des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz.....	51

1 DER ISLAM UND DIE MUSLIME

Der Islam ist eine Offenbarungsreligion, die sich im 7. Jahrhundert auf der Arabischen Halbinsel herausbildete. Im Zentrum des Islam steht der Prophet Muhammad (570-632 a. D.), der als der „Gesandte Gottes“ gilt und im Jahre 622 in Medina die erste islamische Gemeinde gründete. Überlieferungen zufolge empfing er Offenbarungen Gottes, die im Koran niedergelegt sind. Als die zweite wichtige religiöse Quelle des Islam gilt neben dem Koran die Sunna (Brauch). Hierbei handelt es sich um eine Sammlung von Taten und Aussprüchen Muhammads (Hadith), die den Gläubigen als Vorbild dienen sollen.

Der Islam ist die jüngste der drei großen monotheistischen Religionen. Mit dem Juden- und Christentum gemeinsam



*Prophet und
Religionsstifter
Muhammad*

hat der Islam den Glauben an den einen Gott (Allah). Anders als das Christentum kennt der Islam mehrheitlich allerdings weder feste Organisationsformen noch eine hierarchische religiöse Führung. Die Gläubigen stehen deshalb in einem unmittelbaren Verhältnis zu Gott und bedürfen in ihrer Religionsausübung nicht der Anleitung durch Gelehrte.

Allerdings beansprucht der Islam, die Lebenswelt der Gläubigen umfassend

zu regeln und die Menschen in ganz alltäglichen Dingen zu binden; insofern umfasst er Religion und Welt („al-islam din wa dunya“).

Hierzu gehört die Erfüllung bestimmter religiöser Handlungen, der „fünf Säulen“ des Islam:

das Glaubensbekenntnis (ash-shahada), die Verrichtung der Gebete (as-salat), die Leistung der Almosensteuer (az-zakat), die

Einhaltung des Fastengebots (as-saum) im Monat Ramadan sowie einmal im

Leben die Pilgerfahrt (al-hajj) in die Heilige Stadt Mekka.

Allgemeingültige Aussagen über die weltweit mehr als eine Milliarde Muslime lassen sich ohne verzerrende



Koranständer

Pauschalisierungen nicht treffen. Zu vielfältig sind die Ausformungen des Islam und die in den einzelnen Nationalstaaten gegebenen Bedingungen seiner Praktizierung in dem geografischen Großraum zwischen Marokko und den Philippinen. Auch in den aufgrund von Zuwanderung gewachsenen muslimischen Bevölkerungsgruppen Westeuropas, der USA oder Südamerikas präsentiert sich der Islam nicht konform.

Zum uneinheitlichen Bild des Islam trägt bei, dass Muslime bezüglich ihrer ethnischen Herkunft, konfessionellen Zugehörigkeit, kulturellen Prägung und politischen Ausrichtung höchst verschieden sein können. Allein die in Deutschland lebenden über 4 Millionen Muslime stammen aus rund 40 verschiedenen Nationen. Sie unterscheiden sich vor allem ethnisch und national (Türken, Araber, Iraner, Bosnier etc.) sowie konfessionell (85 Prozent Sunniten, 10 Prozent Schiiten, kleine Gemeinschaften wie die Aleviten und die Ahmadiyya). Hinzu kommen noch eine kleinere Anzahl deutscher Staatsbürger, die zum Islam konvertiert sind.

Gesicherte Aussagen über den Grad ihrer Religiosität, d. h. die Frage, inwieweit Muslime sich als tatsächlich gläubig oder eher als 'Kulturmuslime' verstehen, gibt es kaum. Dies gilt auch für die religiösen und politischen Orientierungen. Hier variieren die Einstellungen zwischen Indifferenz, konservativ-orthodoxer Haltung, striktem Säkularismus, islamischer Mystik und islamistischen Positionen.

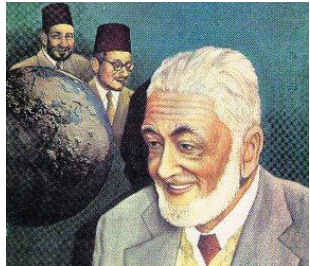
Offen ist auch die Frage, ob sich die Menschen tatsächlich zuvorderst als Muslime oder eher als Bürger eines Staates (Ägypter, Tunesier, Syrer, Deutsche) betrachten, die zugleich dem islamischen Glauben angehören. Umfragen, die die religiösen Einstellungen von Muslimen empirisch erforschen, interpretieren den Rang, den der Islam bei den Befragten einnimmt, häufig als Zunahme von Religiosität. Die Tatsache, dass Menschen die Bedeutung des Islam bejahen, kann allerdings nicht selten Ausdruck des Bedürfnisses nach Identität und Selbstpositionierung in einer anderen Kultur sein.

2 DIE IDEOLOGIE DES ISLAMISMUS

Im Gegensatz zur Religion des Islam handelt es sich beim Islamismus – manchmal auch „politischer Islam“, „islamischer Fundamentalismus“, „Integrismus“ oder „Salafismus“ genannt – um eine politische Ideologie der Neuzeit. Islamismus steht für den Versuch politischer Bewegungen des 20. Jahrhunderts, den Islam zu ideologisieren und eine islamistische Herrschaftsordnung zu errichten.

Der Islamismus ist ein vorrangig politisches Phänomen, das sich in religiösen Kategorien artikuliert. Dies bedeutet, dass sich Islamisten für das Ziel der Machterlangung der Religion bedienen. Islamisten verkörpern allerdings per se weder eine anti-modernistische, rückwärtsgewandte Bewegung, noch sind sie mehrheitlich Modernisierungsverlierer. Ihnen geht es darum, die Religion zur Grundlage und Richtschnur allen Denkens und Handelns zu machen und Politik und Gesellschaft auf den Islam – so wie sie ihn verstehen – zu gründen.

Die 1928 gegründete „Muslimbruderschaft“ (MB) gilt als ‚Mutterorganisation‘ aller islamistischen Gruppen. Portrait ihrer drei ersten Obersten Führer Hassan al-Banna, Hassan al-Hudaibi und Umar at-Tilmisani vor dem Globus.



Trotz gemeinsamer ideologischer Merkmale folgen die islamistischen Bewegungen keinem einheitlichen Konzept. Der Islamismus umfasst vielmehr unterschiedliche Vorstellungen, die vor allem von den jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Herkunftsländer bestimmt werden. Da die politischen Programme der einzelnen islamistischen Gruppierungen teilweise unterschiedliche bis konkurrierende Interessen widerspiegeln, gibt es keinen „Einheits-Islamismus“ und – abgesehen von den verschiedenen Filialen al-Qaidas und weiteren mit der Kernorganisation assoziierten Gruppen – auch nicht so etwas wie eine „islamistische Internationale“.

Wichtig ist eine präzise Abgrenzung der Begriffe Islam, Islamismus und islamistischer Terrorismus.

1. Der Islam ist eine im 7. Jahrhundert entstandene Religion, der heute mehr als eine Milliarde Muslime angehören.
2. Der Islam ist nicht gleichzusetzen mit dem Islamismus, einer neuzeitlichen politischen Ideologie.
3. Da zudem bei weitem nicht alle Islamisten gewaltbereit sind, muss darüber hinaus zwischen Islamismus und islamistischem Terrorismus unterschieden werden.

Gemäß seines gesetzlichen Auftrags beobachtet der Verfassungsschutz ausschließlich die extremistischen Ausprägungen des Islam, also islamistische und islamistisch-terroristische Bestrebungen.

2.1 Die Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus

Die Unterschiede zwischen Islam und Islamismus sind oftmals feiner Natur und erschließen sich häufig nicht auf den ersten Blick. Dies hat mehrere Ursachen.

Islamisten benutzen den Islam dazu, ihre Ideologie zu untermauern und diese mit einer scheinbar unanfechtbaren Legitimation zu versehen. Sie leugnen jegliche Unterschiede zwischen dem Islam und islamistischer Ideologie und behaupten, sie selbst verkörperten als einzige den „wahren Islam“. Sie betrachten sich meist auch nicht als Islamisten und lehnen entsprechende Kennzeichnungen vehement ab.



Der Koran: Das Heilige Buch der Muslime

Eine Unterscheidung wird auch dadurch erschwert, dass sich nicht-islamistisch gesinnte Muslime und Islamisten auf die gleichen religiösen Quellen beziehen – allerdings auf unterschiedliche Weise. Dies betrifft die Scharia, die islamische Rechts- und Werteordnung, sowie ihre beiden wichtigsten Quellen: den als das unmittelbare Gotteswort geltenden Koran und die Prophetentraditionen in der Sunna.

Sowohl die Scharia als auch Koran und Sunna sind zentrale Bestandteile des islamischen Glaubens, die von gläubigen Muslimen nicht in Frage gestellt werden können, ohne den

Glauben als Ganzes anzuzweifeln. Diesen Umstand nutzen Islamisten, um die – für nicht-islamistisch gesinnte Muslime wie für Islamisten gleichen – religiösen Quellen selektiv zu interpretieren und für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen.

Allerdings werden Islamismus und Islam nicht nur von Islamisten gleichgesetzt. Häufig wird auch in der Öffentlichkeit nicht genügend zwischen Islam und Islamismus differenziert, insbesondere von islamfeindlichen Gruppen, die den Islam an sich als Gefahr für die innere Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ansehen. Zu den Elementen, die fälschlicherweise als für den Islam charakteristisch betrachtet werden, zählt vor allem die Auffassung, dass der Islam eine politische Ordnung beinhalte, da im Islam Religion und Politik vermeintlich untrennbar miteinander verbunden seien.

Weitere Elemente islamistischer Ideologie, die zu Unrecht mit dem Islam gleichgesetzt werden, sind

- ein Religionsverständnis, das den Islam als Gesellschaftsordnung definiert,
- die Legitimation islamistischer Herrschaftskonzepte als vermeintlich historisch und Islam-konform,
- die Betrachtung der Scharia als ordnungspolitisches Element,
- ein am Frühislam orientiertes Gesellschaftsverständnis,
- ein ausschließlich militantes Verständnis des Jihad seitens der gewaltorientierten Gruppen.

2.2 Kennzeichen islamistischer Ideologie

Der Islam als Gesellschaftsordnung

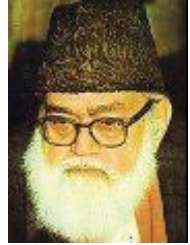


Das wichtigste Kennzeichen islamistischer Ideologie ist die Behauptung, dass der Islam nicht allein „Religion und Welt“ („al-islam din wa dunya“) verkörpere, sondern darüber hinaus eine unteilbare Einheit von

Metin Kaplan, Führer der 2001 verbotenen Organisation „Kalifatsstaat“, symbolisierte das islamistische Verständnis des Islam als vermeintliche Einheit von Religion (Koran) und Politik (Schwert)

Religion und Politik bilde.

Dem hieraus abgeleiteten politischen Anspruch, der häufig mit Koran und Schwert symbolisiert wird, versuchen Islamisten mit dem 100 Jahre alten Slogan, der Islam sei „Religion und Staat“ („al-islam din wa daula“), Nachdruck zu verleihen. Islamisten fassen den Islam nicht allein als Glaube und Ethik auf, sondern als weltumfassende Ideologie und vollkommene Lebensform. Insbesondere der Chefideologe der pakistanischen „Jamaat-i Islami“-Partei, Abul Ala al-Maududi (1903 - 1979), definierte den Islam als ein Gesellschaftssystem, als „Ordnung des Islam“ („nizam al-islam“), die anderen,



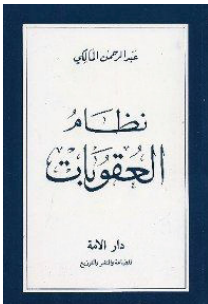
insbesondere „säkularen“ Ordnungen überlegen sei.

Abul Ala al-Maududi

Vor allem die Scharia gilt Islamisten nicht allein als ein Rechtssystem, sondern als ein politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip. Islamisten behaupten, dass sich durch sie sämtliche politischen und sozialen Probleme der Gegenwart lösen ließen und fordern hierzu die vollständige Anwendung der Scharia. Dies betrifft insbesondere Bestimmungen des klassischen islamischen Prozessrechts sowie des klassischen islamischen Ehe- und Scheidungsrechts (die Frauen erheblich benachteiligen).

Teilweise gibt es Forderungen nach voller Anwendung des koranischen Strafrechts bei Unzucht, Alkoholenuss und Diebstahl sowie die Todesstrafe für Menschen, die vom Islam zu einer anderen Religion wechseln oder Atheisten werden.

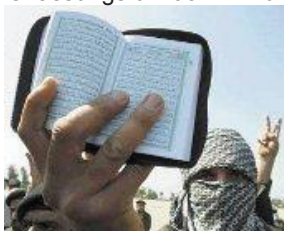
Da die Scharia Islamisten in der Regel als unantastbar gilt, lehnen sie eine Neuerung entsprechender rechtlicher Vorschriften meist ab.



*Plädoyer für
islamische Strafen:
Publikation der
Hizb-ut Tahrir*

Selektive Interpretationen des Koran

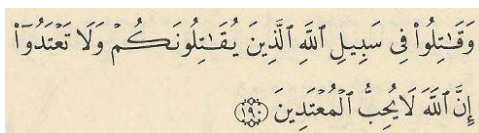
Auch Koran und Sunna werden von vielen Islamisten in ihrem Sinne interpretiert – etwa dadurch, dass dem Koran Gesetzbuchcharakter und Verfassungsfunktion zugeschrieben werden. Methode einiger islamistischer Gruppen ist es, bestimmte Koranverse aus ihrem Kontext herauszulösen und typisch islamistisch zu interpretieren. Hierzu gehören seit Beginn des 20. Jahrhunderts auch Auslegungen mit eindeutig antisemitischem Charakter.



Kennzeichnend für viele Islamisten ist ferner, bestimmte islamistische Interpretationen von Koran

*Missbrauch durch Militante:
Der Koran als vermeintliches
„Gesetzbuch“*

und Sunna zu vermeintlich unverrückbaren Grundbestandteilen des Islam zu erklären und spezifische Aussagen des 1400 Jahre alten Koran als angeblich „für alle Orte und Zeiten gültig“ zu betrachten. Ein Beispiel ist der Umgang mit den so genannten Kampfversen z. B. Sure 2, Vers 190:



Hierin heißt es:

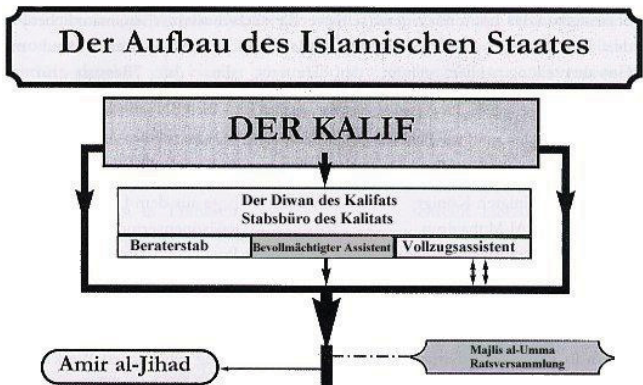
*„Und bekämpft um Gottes willen diejenigen, die euch bekämpfen!
Aber begeht keine Übertretungen. Gott liebt diejenigen nicht, die
Übertretungen begehen!“*

Die entscheidende Frage ist, ob dieser Vers als aktuelle Aufforderung zum Kampf zu verstehen ist, wie es einige islamistische Gruppen suggerieren. Dies ist etwa Methode der libanesischen Organisation Hizb Allah (Partei Gottes), die so - unter Fortlassung des zweiten und dritten Satzes der Sure - terroristische Handlungen gegen Israelis rechtfertigt.

Orientierung an frühislamischen Herrschaftsformen

Obwohl der Islam keine spezifische Staatsform vorgibt, versuchen manche Islamisten, ihre Vorstellungen über ein zu errichtendes islamistisches Staatswesen durch Bezüge auf frühislamische Herrschaftsformen zu legitimieren und (durch Kennzeichnung als „wahrhaft islamisch“) als vermeintlich Islam-konform darzustellen.

So befürworten einige islamistische Gruppen die Wiedereinsetzung eines Kalifen, andere die Schaffung eines Staatswesens, das inhaltlich und organisatorisch einer Theokratie gleichkäme. Häufig werden westliche Demokratieformen, wenn auch nicht von allen Gruppen, als vermeintlich unislamisch abgelehnt. Dies betrifft etwa das Prinzip der Volkssouveränität, das von Einigen mit einer im Islam angeblich verankerten Gottesherrschaft (hakimiyat Allah) zurückgewiesen wird.



von der Hizb-ut Tahrir propagiertes Modell eines islamischen Staates, das auf Staatstheorien des 11. Jahrhunderts zurückgeht

Das Konzept der Gottesherrschaft, das Menschen das Recht auf die Gestaltung politischer Ordnungsmodelle abspricht, geht zurück auf Abul Ala al-Maududi (1903 - 1979) und Sayyid Qutb (1906 - 1966), den 1966 hingerichteten Chefideologen der ägyptischen Muslimbruderschaft (MB).



*Sayyid Qutb,
früher Ideologe des
militanten Islamismus*

In mehreren Schriften hatte Qutb die gesamte Welt, einschließlich der westlichen und der muslimischen Länder, als „heidnisch unwissend“ (jahil) gebrandmarkt und die Bekämpfung vermeintlich nicht-glaubenskonformer Muslime und so genannter Ungläubiger mittels Jihad gefordert.



Qutbs Buch
„Wegzeichen“
(1964)

Radikale Ablehnung der politischen Verhältnisse der Herkunftsländer

Viele islamistische Gruppen sind im Laufe des 20. Jahrhunderts aus einer radikalen Infragestellung der politischen Verhältnisse ihrer Heimatländer heraus entstanden, insbesondere in Ägypten, Syrien, Jordanien, Algerien, Tunesien und Marokko. Dort stellten sie eine gegen Einparteienherrschaften, Militärdiktaturen und Monarchien gerichtete Opposition dar und wurden als solche von den Regierungen dieser Staaten seit Jahrzehnten massiv bekämpft; hierzu gehören auch langjährige Haft, Folter und die Todesstrafe. Es bleibt abzuwarten, welche Positionen diese islamistischen Gruppierungen angesichts der politischen Veränderungen, die viele dieser Länder im Rahmen des „Arabischen Frühlings“ seit Ende 2010 erleben, einnehmen.



Aiman al-Zawahiri, 1981
Angeklagter im Prozess gegen
die ägyptische Terrorgruppe al-
Jihad al-Islami

Ziel islamistischer Bewegungen ist es jedenfalls bis heute, neben der Abschaffung autokratischer Herrschaftssysteme der islamischen Religion größeren Einfluss zu verschaffen und dort möglichst ein islamistisches Staatswesen zu errichten.

Ablehnung westlicher Demokratien und Diffamierung von Nicht-Muslimen

Zusammen mit dem Anspruch auf absolute Wahrheit polemisieren Islamisten heftig gegen das Prinzip des Säkularismus, die Trennung von Religion und Staat.



Die Polemiken sind vor allem gegen die herrschenden politischen Systeme der Herkunftsländer gerichtet, zielen aber auch gegen westliche Demokratien.

Propaganda des Zarqawi-Netzwerks: Demokratie als Mittel des Westens zur Unterdrückung der Muslime

Den Boden für die zunehmende Militanz bereiten oft verbale Angriffe, die insbesondere gegen Israel und die USA gerichtet sind. So bedienen sich Islamisten unscharfer Feindbilder von Juden und Christen, mittels derer Nichtmuslime als vermeintliche



„Ungläubige“ diffamiert werden. Die Feindbilder basieren zudem häufig auf der mittelalterlichen Vorstellung einer in ein „Gebiet des Islam“ (dar

Das jüdisch-amerikanisch-sowjetische „teuflische Wesen Dajjal“ (1989); Publikation eines MB-nahen Verlags

al-islam) und ein „Gebiet des Kriegs“ (dar al-harb) gespaltenen Welt. Hier findet der Aufbau eines globalen Feindbildes statt, welches nur scheinbar zwischen nahem und fernem Feind differenziert.

Militantes Verständnis des Jihad



Usama Bin Laden

Typisch für gewaltorientierte islamistische Gruppierungen ist es, Gewalt durch Bezüge auf den Jihad pseudoreligiös zu legitimieren und diesen vorrangig auf die Bedeutung von Kampf und kriegesischer Handlung zu reduzieren.

Ferner gibt es Tendenzen, den Jihad nicht ausschließlich - wie im

islamischen Recht fixiert - als eine in erster Linie zum Zwecke der Verteidigung des Islam zulässige Methode aufzufassen.

Dies betrifft vor allem Versuche

- der Uminterpretation des Jihad zu einer genuin offensiven, militanten Kampfform,
- der Erhebung des Jihad zu einer vermeintlich individuellen religiösen Pflicht eines jeden Muslims und
- der Rechtfertigung von Angriffen selbst außerhalb der muslimischen Welt als Selbstverteidigung.

Wie weit ein derartiges Verständnis des Jihad gehen kann, zeigte der von Usama Bin Laden im Februar 1998 mitverfasste Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“.



Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“ (1998)

Hierin hatte er u. a. die Tötung von Amerikanern zur vermeintlichen individuellen Pflicht eines jeden Muslims erklärt und zugleich behauptet, sich in einem gerechten Verteidigungskampf gegen einen überlegenen Gegner zu befinden.



Typisch für gewaltorientierte Islamisten sind auch Uminterpretationen des Begriffs „Märtyrer“. Dieser wird nicht allein im passiven Sinne verwandt, sondern darüber hinaus für Selbstmordattentäter. Da sowohl Mord als auch Selbstmord im Islam verboten sind, werden Selbstmordanschläge als „Märtyrer-Operationen“ bezeichnet. Dieser Begriff wird allerdings nicht einheitlich benutzt, sondern nur dann,

Selbstmordattentäter der Hamas mit Aufschrift „Istishhadi“ („derjenige, der zum Tod bereit ist“)

wenn die Selbstmordanschläge der jeweiligen Gewaltstrategie einer

Gruppe entsprechen.

Fazit

Die islamistische Ideologie ist nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu vereinbaren. Dies betrifft sowohl ihre Konzepte politischer Herrschaft und ihren Menschenrechtsbegriff als auch viele der gesellschaftlichen Vorstellungen, insbesondere zur Stellung der Frau und zu Minderheiten.

3 ISLAMISTISCHE BEWEGUNGEN

3.1 Die Geschichte

Historisch geht islamistisches Denken auf die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zurück. Angesichts des Bedeutungsverlusts, den der Islam in der muslimischen Welt infolge des westlichen Kolonialismus erlitten hatte, sprachen sich seinerzeit religiöse Reformer für die Erneuerung von Religion und Gesellschaft durch die „Rückkehr zu den reinen Ursprüngen des Islam“ aus.



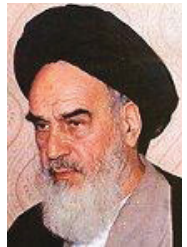
Reform und Erneuerung des Islam sowie anti-koloniale – und damit auch anti-westliche – Motive bestimmten in der Folge auch das Entstehen islamistischer Bewegungen – so etwa der von Hassan al-Banna 1928 in Ägypten gegründeten „Muslimbruderschaft“ (MB).

*Hassan al-Banna
(1906 - 1949)*

Große Anziehungskraft entfaltete islamistisches Denken nach dem Zweiten Weltkrieg, als in den dann unabhängigen arabischen Nationalstaaten nacheinander die Konzepte des Nationalismus, des Pan-Arabismus und des Sozialismus scheiterten. Ab den späten 70er Jahren gelang es Islamisten, dieses ideologische Vakuum zu füllen und den „Islam“ als ein alternatives politisches und gesellschaftliches Modell zu präsentieren.

Hinzu kam durch die Staatsgründung Israels im Jahr 1948 ein bis heute stark antisemitisches Element innerhalb der islamistischen Propaganda. Gleichermäßen riefen die unterschiedlichen islamistischen Gruppen dazu auf, den Palästinensern Beistand zu leisten, notfalls auch gewaltsam.

Gefördert wurde das Erstarken islamistischer Bewegungen vor allem durch die iranische Revolution 1979, in deren Folge sich der Iran als ein staatlicher Träger islamistischer Ideologie etablierte und diese neue Weltanschauung zunächst durch den Export seiner Revolution zu verbreiten suchte.



Der laut iranischer Verfassung über allen legislativen und exekutiven Gewalten stehende „Revolutionsführer“ Khomeini

Seit Ende der 70er Jahre wurden islamistische Bewegungen darüber hinaus von Saudi-Arabien unterstützt, das finanziell und ideologisch die Ausbreitung einer nicht minder fundamentalistischen islamischen Strömung, des Wahhabismus, über seine Landesgrenzen hinaus verfolgte.

Eine entscheidende Rolle – insbesondere für die Herausbildung des Phänomens des globalen islamistischen Terrorismus – spielte wiederum die Tatsache, dass ab 1979 Kämpfer (Mujahedin) aus verschiedenen arabischen bzw. muslimischen Ländern in Afghanistan einen vorgeblich religiös legitimierten Befreiungskrieg gegen die sowjetische Besatzung führten, der zehn Jahre später mit dem Rückzug der sowjetischen Truppen ein vorläufiges Ende nahmen.



Der islamistische Slogan „Der Islam ist die Lösung“

Diese regionalpolitischen Entwicklungen erleichterten es Islamisten in den 80er Jahren, die scheinbare Überlegenheit eines islamistisch geprägten Gesellschaftssystems gegenüber Demokratie und Marktwirtschaft sowie gegenüber der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu propagieren. Diesbezüglich warben sie vor allem mit dem Slogan „Der

Islam ist die Lösung“. Auch die Entstehung von al-Qaida ist als Spätfolge dieser Entwicklungen zu sehen.

3.2 Islamistische Gruppen

Das wichtigste Merkmal zur Klassifizierung islamistischer Gruppen ist die Frage des Einsatzes von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Hier bestehen zwischen den Organisationen erhebliche Unterschiede. Das Spektrum reicht von der Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung bis zur pseudoreligiösen Legitimation von Terrorismus. Zwischen zwei Hauptgruppen mit deutlich unterschiedlichen Agenden ist zu differenzieren:

- **Nicht-gewaltorientierte Islamisten**

Hierzu gehören Gruppen, die nie gewaltorientiert waren oder die – häufig nach langen Phasen des Terrorismus – mittlerweile Gewalt nicht mehr als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele ansehen. Sie werden auch als legalistische Islamisten bezeichnet. Biographische

Entwicklungen zeigen jedoch, dass gewaltorientierte Islamisten nicht selten die Grundlage ihrer ideologischen Überzeugung in solchen Gruppen gewonnen haben.

- **Salafistische Bestrebungen**

Auf den Phänomenbereich des Salafismus wird besonders eingegangen. Innerhalb des Salafismus finden sich sowohl Gewalt ablehnende Strömungen, Vertreter des „politischen Salafismus“, als auch solche, die Gewalt propagieren, fördern und ausüben, „jihadistischer Salafismus“.

- **Gewaltorientierte Islamisten**

Diese lassen sich unterteilen in regional agierende Gruppen sowie internationale Terrornetzwerke.

3.2.1 Nicht-gewaltorientierte islamistische Gruppen

Die türkische „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş“ (IGMG)



Die türkische „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş“ (IGMG) wurde 1985 in Köln unter der Bezeichnung „Vereinigung der neuen Weltansicht in Europa e. V.“ gegründet. Bundesweit hat sie ca. 30 000 Mitglieder. Sie ist die größte islamistische Organisation in Deutschland und verfügt aufgrund von Mitgliedsbeiträgen und Spenden über erhebliche finanzielle Mittel.

Die Ideologie der IGMG geht auf Vorstellungen des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan (1926 – 2011) zurück. Erbakans Ziel war es, die türkischen Bürger unter dem Dach von Nationalismus



und Islamismus zu einen und in der Türkei ein islamistisches Staatswesen zu errichten. Als politisches und gesellschaftliches Ordnungsmodell propagierte er eine „gerechte Ordnung“ (Adil Düzen), in welcher die Scharia gilt und sich politisches Handeln an den Prinzipien von Koran und Sunna orientiert. Erbakan lehnte wesentliche rechtsstaatliche Prinzipien wie Volkssouveränität oder Parteienpluralismus als unvereinbar mit der „gerechten

Ordnung“ ab und forderte einen Systemwechsel nicht allein für die Türkei, sondern auch für Deutschland.

Insbesondere seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 präsentiert sich die IGMG in der Öffentlichkeit als eine auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehende Organisation, die sich für den Dialog zwischen türkischen Muslimen und der deutschen Gesellschaft einsetzt. Von der islamistischen Ideologie Erbakans hat sie sich jedoch bislang nicht distanziert.



Die arabische „Muslimbruderschaft“ (MB)

Die 1928 in Ägypten gegründete „Muslimbruderschaft“ (MB) ist die älteste und zugleich bedeutendste arabische islamistische Gruppierung. Nach Abspaltung ihrer militanten Flügel in den 70er Jahren sprach sie sich gegen Gewaltanwendung zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele aus. Ein starker Schwerpunkt ihrer Arbeit – und ein Grund für ihre Popularität – liegt im sozialen und karikativen Engagement. Allerdings werten die Muslimbrüder trotz ihrer grundsätzlichen Abwendung von Gewalt – wie viele islamistische Gruppierungen – deren Anwendung von Gewalt in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt als legitim.



Die pan-islamistische Organisation ist heute, teils unter anderem Namen, in fast allen Staaten des Vorderen Orients vertreten und bildet dort eine halb- bis illegale Opposition zur

„Der Islam ist die Lösung“; MB-Kandidat für die ägyptischen Parlamentswahlen 2005

Regierung. Sie unterhält auch Zweige in west-europäischen

Ländern. Bundesweit verfügt sie über ca. 1 700 Anhänger.

Ideologisch präsentiert sich die MB mit dem bereits in den 30er Jahren erhobenen Anspruch, der Islam sei auch eine Gesellschaftsordnung. Sie sieht den Islam als ein System, das zu jeder Zeit und an jedem Ort anwendbar sein soll und das politische Handeln am Koran und der Sunna ausrichtet. Die MB fordert die uneingeschränkte Anwendung der Scharia sowie die Schaffung eines islamistischen Staatswesens. Da es hierin keine Trennung

von Religion und Staat geben soll, wäre das von der MB angestrebte Staatswesen zwangsläufig ein Staat, der den Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zuwiderläuft.

In Deutschland werden die Interessen der MB von der 1960 gegründeten „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e. V.“ (IGD) vertreten, die unter dem Einfluss der ägyptischen MB steht. Der IGD gehören mehrere Islamische Zentren in Deutschland an. Ihre Hauptaktivitäten sind auf die Erziehung und Mission der in Deutschland lebenden Muslime im Sinne der Ideologie der MB gerichtet. Bundesweit hat die IGD 1.300 Mitglieder.

In Thüringen stehen einzelne Mitglieder muslimischer Vereine der Muslimbruderschaft bzw. ihren verschiedenen Ausprägungen nahe. Auch durch die Verteilung von islamistischen Schriftgut üben diese Organisationen Einfluss auf Muslime im Freistaat aus.

Tabligh-i Jamaat al-Islami

Die Tabligh-i Jamaat al-Islami (TJ) ist eine sunnitische, strengkonservative Glaubensgemeinschaft, die um 1926 in Indien – damals englische Kronkolonie – als islamistische Erweckungs- und Missionsbewegung durch Maulawi Muhammad ILYAS gegründet wurde. Mit mehr als 10 Millionen Anhängern weltweit hat sich die TJ inzwischen zu einer transnationalen Massenbewegung entwickelt. Ein Urenkel des TJ-Gründers steht der Gemeinschaft heute vor.

Vorrangiges Ziel der TJ ist es, Muslime durch Missionierung (Da'wa) wieder zu einem einzig an den islamischen Quellen (Koran und Sunna) orientierten Leben zurückzuführen. Dabei bezieht sich die TJ bewusst auf das idealisierte Leben der „frommen Altvorderen“ („as-Salaf as-Salih“) aus der Frühzeit des Islam und erhebt ein schariakonformes Leben zum alleinigen Maßstab für den privaten und öffentlichen Bereich. Wenngleich sich die TJ als unpolitisch begreift, ergeben sich durch ihr fundamentalistisches Islamverständnis zwangsläufig Konflikte mit dem Grundgesetz.



Versammlung der TJ in Malaysia

Die TJ verfügt weder über offizielle Statuten noch veröffentlicht sie periodische Publikationen oder unterhält eine Homepage im Internet. Beziehungen untereinander beruhen auf persönlichen Kontakten. Neben dem Koran zählen Schriften des TJ-Gründers¹ zur „Standardliteratur“ und sind Richtschnur der TJ-Anhänger.

Durch Missionsreisen und damit verbundene Tätigkeiten ist die TJ bemüht, ihre Lehre zu verbreiten. Obwohl ein Großteil ihrer Anhängerschaft vor allem in Pakistan und Indien vornehmlich der Mittel- und Oberschicht entstammt, laden Anhänger der TJ in Deutschland vor allem junge Muslime aus sozial benachteiligten Milieus zu ihren Veranstaltungen ein.

Wenngleich die TJ selbst den islamistischen Terrorismus nicht aktiv unterstützt, scheint sie durchaus als Rekrutierungsbasis für gewaltbefürwortende islamistische Gruppen zu dienen. Zudem ist die Nutzung der weltweiten TJ-Infrastruktur durch radikalere Gruppen, beispielsweise durch al-Qaida, in Einzelfällen belegt.

Bundesweit gibt es rund 700 TJ-Anhänger. In Thüringen praktizieren lediglich einige wenige Muslime ihren Glauben gemäß den rigiden Vorstellungen der TJ und gehen der „Pflicht zur Missionierung“ aktiv nach.

¹ So dessen Werke „Faza'il-e A'mal („Vom Frommen guter Taten“) und „Hayat as-Sahabah“ („Das Leben der Prophetengefährten“).

3.2.2 Salafistische Bestrebungen

Der Salafismus, der zunehmend in den Fokus der Sicherheitsbehörden gerückt ist, gilt sowohl in Deutschland wie auch auf internationaler Ebene als die zurzeit dynamischste islamistische Bewegung. Unter diesem Oberbegriff versteht man eine vom Wahhabismus² geprägte, islamistische Ideologie, die sich an den Vorstellungen der ersten Muslime, den „rechtschaffenen Altvorderen“ (arab. „*al-salaf al-salih*“)³, und der islamischen Frühzeit (7.-9. Jahrhundert) orientiert. Salafisten glauben, in den religiösen Quellen des Islam ein detailgetreues Abbild der idealisierten islamischen Frühzeit gefunden zu haben und versuchen, die Gebote Gottes wortgetreu in die Tat umzusetzen. Dies mündet häufig in einer wörtlichen Auslegung des Koran und der Sunna. Die Schriftgläubigkeit und Glorifizierung der Frühzeit des Islam von Salafisten kann dazu führen, dass frühislamische Herrschafts- und Rechtsformen befürwortet und angestrebt werden. Diese sind mit den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar. Die Propaganda und die Handlungsweisen von Salafisten zielen nicht nur auf eine Beeinflussung der religiösen Überzeugungen und des individuellen Lebensvollzugs der „Gläubigen“ ab, sondern sind politisch motiviert.

Salafistische Bestrebungen lehnen von Menschen erdachte Konzepte, wie z.B. Demokratie als „unislamisch“ ab. Angestrebt wird ein Staat auf Grundlage der Scharia und die Aufhebung der Trennung von Staat und Religion. „Salafistische Bestrebungen“ unterteilen sich in eine politische und eine jihadistische Strömung. Vertreter des politischen Salafismus stützen sich auf intensive Propagandatätigkeit – die sog. Da'wa (Ruf zum Islam/Missionierung) –, um ihre extremistische Ideologie zu

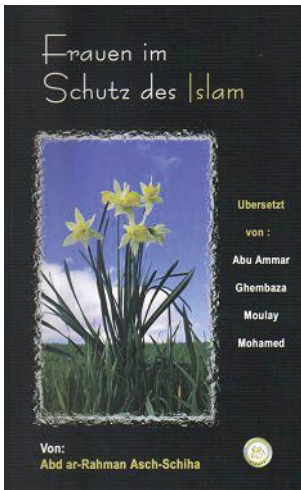
² Der Wahhabismus ist eine auf Muhammad Ibn Abdalwahhab (1703-1792) zurückgehende und in Zentralarabien (Najd) entstandene Lehre. Er orientiert sich weitgehend an der hanbalitischen Rechtsschule und vertritt die Reinigung des Islam von späteren „Neuerungen“. Der Wahhabismus ist die Staatsdoktrin Saudi-Arabiens und die einflussreichste ideologische Strömung innerhalb des Salafismus.

³ D.h. den ersten drei muslimischen Generationen.

verbreiten und politischen und gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen. Anhänger des jihadistischen Salafismus hingegen glauben, ihre Ziele durch Gewaltanwendung realisieren zu können.

Die Übergänge zwischen „politischem Salafismus“ und „jihadistischem Salafismus“ sind – wie Auswertungen von Radikalisierungsverläufen gezeigt haben – fließend. Jihadistische wie auch politische Salafisten rezipieren die Ideen derselben Autoritäten und Vordenker. Sowohl die ideologischen Grundlagen wie auch die angestrebten politischen und gesellschaftlichen Ziele sind bei beiden Gruppen gleich. Sie unterscheiden sich vor allem in der Wahl der Mittel, mit denen ihre Ziele verwirklicht werden sollen.

Die Mehrzahl der salafistischen Einrichtungen in Deutschland ist dem Phänomenbereich des politischen Salafismus zuzuordnen. In Teilbereichen des politischen Salafismus positionieren sich die Akteure ostentativ gegen Terrorismus. Sie vermeiden offene Aufrufe zur Gewalt, so dass ein aktiv kämpferisch-aggressives Vorgehen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung kaum nachzuweisen ist. Dennoch ist festzustellen, dass fast



Von Salafisten verbreitete als jugendgefährdend indizierte Schrift, in der bspw. das Schlagen von Frauen legitimiert wird.

ausnahmslos alle Personen mit Deutschlandbezug, die den gewaltsamen Jihad befürworten, zuvor mit salafistischen Strukturen

in Kontakt standen.

Salafistische Bestrebungen verbreiten ihre Glaubensvorstellungen vor allem durch die Durchführung von Islamseminaren und von Islamischen Informationsständen. Außerdem wird das Internet zur Propaganda und zur Vernetzung Gleichgesinnter eingesetzt.

Auch in Thüringen sind nicht gewaltorientierte Salafisten aktiv und prägen insbesondere die Moscheevereine in Erfurt und Nordhausen.

3.2.3 Gewaltorientierte islamistische Gruppen

3.2.3.1 Regional agierende Gruppen

Zu den überwiegend regional gewaltorientierten islamistischen Gruppen zählen die beiden ägyptischen Gruppen al-Jama'a al-islamiya und al-Jihad al-islami. Auch im südostasiatischen und indischen Raum gibt es gewaltorientierte Gruppen, die regionale Ziele verfolgen.

Weitgehend auf die Region des Nahen Ostens beschränkt sind auch die Aktivitäten der libanesischen Hizb Allah (Partei Gottes). Dies gilt auch für die beiden palästinensischen Gruppen „Bewegung des islamischen Widerstands“ (HAMAS) und „Palästinensischer Islamischer Jihad“ (PIJ).

In Algerien finden sich die Groupe Islamique Armée (Bewaffnete Islamische Gruppe, GIA) sowie die Groupe Salafite pour la Prédication et le Combat (Salafistische Gruppe für die Predigt und den Kampf, GSPC). Letztere ist seit 2006 in der al-Qaida-Filiale Al-Qaida im islamischen Maghreb aufgegangen. In Pakistan kämpfen z.B. Lashkar-e taiba und Jaish Mohammad für ihre Gesellschaftsziele. In Tschetschenien, bzw. in der Kaukasusregion, strebt die Nordkaukasische Separatistenbewegung (NKSB) die Errichtung eines islamistischen Staates (Kaukasisches Emirat) an.

Auslöser für die Gewaltorientierung dieser Gruppen sind – neben der Tatsache, dass sie islamistische Ziele verfolgen – häufig ungelöste Regionalkonflikte, nationale und separatistische Motive sowie das Spannungsverhältnis zwischen den Oppositionsgruppen und den autokratischen Regierungen der Heimatländer.

Für die palästinensischen Gruppen sowie für die libanesischen „Hizb Allah“ steht vor allem der bewaffnete Kampf gegen Israel im Vordergrund. Gewaltausübung und verbale Angriffe haben – etwa im Falle der „Hizb Allah“ – hierbei auch die Funktion, sich nach außen wie nach innen als selbsternannte „Widerstandsbewegung“ zu legitimieren.

Die palästinensische „Bewegung des islamischen Widerstands“ (HAMAS)



Die mit dem Kurzwort HAMAS bezeichnete „Bewegung des islamischen Widerstands“ wurde 1987 im Gaza-Streifen als Zweig der „Muslimbruderschaft“ gegründet. Bundesweit verfügt sie über rund 300 Anhänger.

In ihrer Charta von 1988 verneint die Organisation das Existenzrecht Israels und strebt die „Befreiung ganz Palästinas“ sowie die Gründung eines „islamischen Staates Palästina“ durch bewaffneten Kampf an. Den 1993 begonnenen Oslo-Friedensprozess lehnt die HAMAS als Ausverkauf palästinensischer Interessen ab. Innenpolitisch hat sie sich inzwischen zu einem bedeutenden politischen Faktor entwickelt. Sie besiegte die laizistische Fatah in den Parlamentswahlen 2006. In der Folge kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und zur faktischen Spaltung der Palästinensischen Autonomiegebiete. Seit Juni 2007 wird der Gazastreifen durch die HAMAS regiert, im Westjordanland herrscht die Fatah. Anfang Mai 2011 unterschrieben beide Parteien ein Versöhnungsabkommen mit der Perspektive, eine gemeinsame Übergangsregierung zu bilden.

Seit dem Ausbruch der „Al-Aqsa-Intifada“ im September 2000 und der Verschärfung des Nahost-Konfliktes hatten Selbstmordanschläge der HAMAS gegen israelische Ziele erheblich zugenommen.

Diese als „Märtyrer-Operationen“ bezeichneten Anschläge ihres militärischen Flügels, der „Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden“, begrenzte sie dabei nicht auf die palästinensischen Gebiete des Westjordanlands und Gaza-Streifens, sondern führte sie vor allem im israelischen Kernland durch. Die Anschläge der HAMAS zielten zudem nicht allein auf Militärpersonal, sondern gleichermaßen auch auf die israelische Zivilbevölkerung.



Demonstration der „Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden“

In Deutschland verhalten sich die Anhänger der HAMAS weitgehend unauffällig. Der Spendensammelverein der HAMAS, der in Aachen ansässige „Al-Aqsa e. V.“, wurde im Juli 2002 verboten, weil der Verein Gewaltanwendung zur

Durchsetzung politischer, religiöser und sonstiger Belange unterstütze, befürworte und hervorrufe.

Die libanesische Hizb Allah (Partei Gottes)



Die „Hizb Allah“ wurde im Sommer 1982 nach dem Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon gegründet und agierte als eine von zwei schiitischen Milizen während des 15jährigen libanesischen Bürgerkriegs. Bundesweit hat sie etwa 900 Anhänger, in Thüringen lediglich Einzelpersonen.

Die Bezeichnung Hizb Allah geht auf Koransure 5:56 zurück: „Die auf Gottes (Allahs) Seite stehen, werden der-einst Sieger sein“. Auf der Fahne der Organisation ist das arabische „A“ in „Allah“ zudem als hochgereckte Faust mit Maschinenpistole stilisiert.

Die hierarchisch strukturierte Bewegung wird aus ideologischen und regionalpolitischen Motiven heraus vom Iran und von Syrien finanziell und militärisch unterstützt.

Unter ihrem Generalsekretär Hassan Nasrallah negiert die Hizb Allah weiter das Existenzrecht Israels und propagiert den bewaffneten Kampf gegen Israel, den sie als „legitimen Widerstand“ bezeichnet.



Generalsekretär Hassan Nasrallah

Im Libanon operierte ihr militärischer Flügel, die Miliz des „Islamischen Widerstands“, jahrelang mit militärischen und



Propagandaplakat „Mit Gottes Hilfe wird Israel in seiner Existenz vergehen“

terroristischen Mitteln gegen Armeeeinrichtungen und Soldaten Israels. Hierzu gehörten neben konventionellen Sprengstoffanschlägen auch Selbstmordattentate gegen israelische Soldaten. Im komplizierten innenpolitischen Gefüge des Libanon hat sich die Hizb Allah als eine parteiähnliche politische Bewegung mit beträchtlicher Anhängerschaft konstituiert. Seit 1992 ist sie im libanesischen Parlament vertreten und seitdem immer wieder Bestandteil der Regierung.

Seit Herbst 2002 intensivierte die Hizb Allah ihre anti-israelische Hetze über ihren Fernsehsender al-Manar. Feste Bestandteile des Programms sind die Propagierung des bewaffneten Kampfes gegen Israel sowie die Populari-



sierung von Selbstmordanschlägen, die sie als

„Märtyrer-Operationen“ verbrämt.

In den Propagandafilmen werden insbesondere Attentäter der militärischen Flügel der palästinensischen Gruppen HAMAS und PIJ verherrlicht („Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden“ und „Jerusalem-Kompanien“). Al-Manar ist in Deutschland seit 2009 verboten.

In Deutschland agieren die Anhänger der Organisation weitestgehend nicht offen unter der Bezeichnung „Hizb Allah“. Auf Großdemonstrationen, wie beispielsweise dem alljährlichen „Al-Quds-Tag“ in Berlin, an dem insbesondere schiitische Muslime zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk aufrufen, werden jedoch häufig „Hizb Allah“-Fahnen gezeigt. Zu den Aktivitäten zählen neben der Teilnahme an und der Vorbereitung von Demonstrationen auch interne Propagandaveranstaltungen sowie das Sammeln von Spendengeldern.

Die Nordkaukasische Separatistenbewegung (NKSB)



Seit Ausrufung des Kaukasischen Emirats (KE) durch Dokku Umarov im Jahr 2007 ist die Organisation in das von Umarov geführte islamistisch-terroristisch ausgerichtete KE und den vorgeblich pro-demokratischen bzw. nationalistischen Flügel der Tschetschenischen Republik Itschkeria (CRI) um Ahmed Zakaev gespalten.



Doku Umarow

Ziel der NKSB-Anhänger ist ein von der Russischen Föderation unabhängiger islamischer Staat auf Grundlage der Scharia, den das KE auf dem Gebiet des gesamten Nordkaukasus und der sog. CRI-Flügel in Tschetschenien errichten will. Die Bekämpfung der

Russischen Föderation in einem „Heiligen Krieg“ soll der nordkaukasischen Bevölkerung ein „freies, selbstbestimmtes Leben“ ermöglichen. Die NKSB verfolgt hierbei eine gewaltbefürwortende und gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtete Strategie, die insbesondere durch die fortdauernden Anschläge und militanten Aktionen des KE deutlich wird.

Obgleich der russische Staatspräsident im Jahr 2009 den „Anti-Terror-Status“ für die russische Teilrepublik Tschetschenien nach mehr als einem Jahrzehnt aufgehoben hat, war bislang keine Beruhigung der Lage zu verzeichnen. Das KE setzte seine zahlreichen Anschläge auf militärische und zivile Einrichtungen im gesamten Nordkaukasus, insbesondere in den russischen Teilrepubliken Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan, fort. Gleichzeitig wurden 2010 vermehrt Führungspersonlichkeiten der NKSB bei Feuergefechten, u. a. im Rahmen versuchter Verhaftungen, durch russische Sicherheitskräfte getötet.

Die fortwährende Ausdehnung des Konfliktbereichs auf den gesamten Nordkaukasus ist verbunden mit Anschlägen und militanten Aktionen auch auf dem Gebiet der Russischen Föderation.

Unabhängig von den tatsächlichen Machtverhältnissen innerhalb der NKSB im Nordkaukasus dürften dortige personelle Veränderungen und auch ein möglicher Führungswechsel innerhalb des KE nur unerheblichen Einfluss auf die in Deutschland ansässigen Anhänger der NKSB ausüben. Ihre Zahl wird auf etwa 500 Personen geschätzt. Sie vertreten ihre Interessen bisher gewaltfrei.

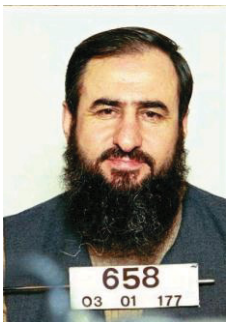
Die Mehrheit, schätzungsweise etwa 300 Personen, ist dem CRI-Flügel um Zakaev zuzuordnen. Daneben gibt es jedoch eine nicht unerhebliche Zahl von Personen, die mit Umarov und seiner Vorstellung eines islamistisch-terroristisch ausgerichteten KE sympathisieren und von Deutschland aus Unterstützung leisten. Ihre Aktivitäten reichen von Propagandaarbeit über Geldsammlungen für humanitäre Projekte sowie der verdeckten Sammlung und Weiterleitung von Spendengeldern bis zur materiellen Förderung der NKSB. In Thüringern sind lediglich einzelne Anhänger der NKSB aktiv.

Ansar al-Islam (Helfer des Islam)

Gewaltorientierte regionale Gruppen unterstützen zunehmend globale Jihadisten. Die 2001 im Nordirak aus verschiedenen Splittergruppen



entstandenen Ansar al-Islam die seit 2004 unter dem Namen Ansar al-Sunna (Helfer der Sunna) agiert, besteht aus radikal-islamistischen Kurden, die die Errichtung eines islamistischen kurdischen Staatswesens im Nordirak nach dem Vorbild des früheren Taliban-Regimes in Afghanistan anstreben. Hierzu bekämpfen sie säkulare kurdische Gruppen mit Waffengewalt. Ihre terroristischen Aktionen richten sie seit 2003 auch gegen die alliierten Streitkräfte im Irak sowie gegen dort tätige humanitäre Hilfsorganisationen.



Mullah Krekar

Die Organisation, die bis 2004 von dem im norwegischen Exil lebenden Mullah Krekar angeführt wurde, unterhält zur logistischen und finanziellen Unterstützung auch in Westeuropa ein Netzwerk.

In Deutschland fielen ihre Anhänger nicht allein durch werbende und unterstützende Tätigkeiten auf, sondern auch durch die Vorbereitung terroristischer Aktivitäten. Dies betraf Personen, die die Ansar al-Islam durch Logistik,

Geldbeschaffung, die Einschleusung irakischer Staatsbürger nach Deutschland sowie durch die Rekrutierung von Jihad-Kämpfern für den Irak-Krieg unterstützten.

3.2.2.3 Internationale terroristische Netzwerke

Der islamistische Terrorismus gründet auf Ideologeelementen des Islamismus, weist darüber hinaus jedoch eine äußerst aggressive, kampfbetonte Komponente auf. Richtete sich der von islamistischen Terroristen geführte Jihad⁴ anfangs gegen den „nahen Feind“, also Regime in der Region bzw. in ihren Heimatländern wegen dort vorherrschender nationaler Konflikte, weitete sich dieser später auch gegen den „fernen Feind“ - Staaten, die den angegriffenen Regierungen bei der Zurückdrängung der Aufständischen Unterstützung zukommen ließen - aus.



Das Wort „Kreuzzüglertum“ in Flammen

Er mündete schließlich in den von al-Qaida und anderen jihadistischen Gruppierungen geführten globalen Jihad gegen die zu Feinden des Islam erklärten Staaten weltweit. Neben den USA sind insbesondere jene Staaten hiervon betroffen, die sie bei den Einsätzen in den Krisenregionen des Irak oder Afghanistans unterstützen. Die Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus hat sich zu einer internationalen Herausforderung mit weitreichenden Auswirkungen auf außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen westlicher Regierungen entwickelt.

⁴ Wörtlich übersetzt „Anstrengung“ oder „Bemühung“, meint einerseits das geistig-spirituelle Bemühen des Gläubigen um das richtige religiöse Verhalten gegenüber Gott und den Mitmenschen (sog. großer Jihad) aber auch den kämpferischen Einsatz zur Verteidigung oder Ausdehnung des islamischen Herrschaftsgebiets (sog. kleiner Jihad). Von militanten Gruppen wird der Jihad häufig als religiöse Legitimation für Terroranschläge verwendet.

„Mujahedin-Netzwerke“/ al-Qaida

Der Begriff „Mujahedin“ (singular: Mujahed) bezeichnet Kämpfer unterschiedlicher ethnischer Herkunft, die an islamistisch motivierten Kampfeinsätzen, z. B. in Afghanistan, Bosnien, Tschetschenien oder im Kaschmir teilgenommen haben. Während des Afghanistan-Kriegs entstand das, was man als Nukleus der späteren Terrororganisation al-Qaida bezeichnen könnte: 1979 hatten sich freiwillige „Kämpfer“ zum Krieg gegen die sowjetische Besatzung zusammengefunden. Sie wurden dafür vor allem in afghanischen und pakistanischen Militärslagern ausgebildet.



Ausbildungslager in Afghanistan

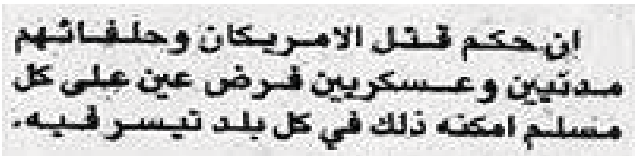
Die Lage im von Krieg und anschließendem Bürgerkrieg gezeichneten Afghanistan bot seinerzeit ideale Bedingungen für die ideologische Schulung und terroristische Ausbildung der Mujahedin. Was zunächst als Dienstleistungsbüro für ausländische Kämpfer konzipiert war, wurde Ende der 1980er Jahre zur Basis (arab. al-Qaida) des globalen islamistischen Terrorismus.



Diese schloss sich vermutlich Mitte der 1990er Jahre mit Teilen der militanten ägyptischen Gruppen Al-Jihad al-islami (Der islamische Kampf) und Al-Jama'a al-islamiya (Die islamische Gemeinschaft) zu einem transnationalen Netzwerk zusammen.

Bin Laden wurde am 2. Mai 2011 von US-amerikanischen Spezialkräften in Pakistan getötet. Der Ägypter Aiman al-Zawahiri, Führer der ägyptischen Gruppe „al-Jihad al-islami“, hat Bin Ladens Nachfolge übernommen.

Programmatische Grundlage der internationalen Anschläge von al-Qaida war der von Usama Bin Laden 1998 mitunterzeichnete Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“. Darin wird die Tötung von Amerikanern zu einer vermeintlichen individuellen Pflicht eines jeden Muslims erhoben, die Stationierung von US-Truppen in Saudi-Arabien für unzulässig erklärt und als Ziel die Verdrängung der USA von der Arabischen Halbinsel genannt.



„Das Urteil, die Amerikaner und ihre Alliierten, Zivilisten und Militärs gleichermaßen zu töten, wo immer ihm dies möglich ist, ist eine individuelle Pflicht für jeden Muslim, der hierzu in der Lage ist.“

Hierzu sollten die USA als Schutzmacht Saudi-Arabiens angegriffen und – wie bereits die Anschläge auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) im August 1998 sowie auf das Marineschiff USS Cole im Oktober 2000 zeigten – möglichst viele Menschen, vor allem US-Bürger, getötet werden. Den traurigen Höhepunkt der Geschichte al-Qaidas stellen die Anschläge vom 11. September 2001 dar, in dessen Folge allerdings – nicht zuletzt aufgrund des immensen Verfolgungsdrucks – die Bedeutung al-Qaidas sich immer mehr von einer operativen Organisationseinheit hin zu einem „spiritus rector“ islamistischer Terroristen wandelte. Ab diesem Zeitpunkt gewannen regionale islamistisch-terroristische Gruppierungen an Bedeutung, die ihrerseits al-Qaida als Markenzeichen nutzen und dem damaligen Führer Bin Laden die Treue schworen. So entstanden mehrere „Filialen“ der al-Qaida.

„Filialen“ der al-Qaida

- Seit 2009: al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (Zusammenschluss der „Filialen“ Saudi-Arabien und Jemen)
- Seit 2004: al-Qaida im Zweistromland (Irak)
- Seit 2007: al-Qaida im islamischen Maghreb



Anwar Awlaki

Diese „Filialen“ sind aus lokalen islamistischen Gruppierungen hervorgegangen und vollzogen mit ihrem Anschluss an al-Qaida einen Wandel hin zu Terrororganisationen mit überregionalen und globalen Zielen. Dies

zeigt sich einerseits durch den gewachsenen Aktionsradius der Gruppierungen: Al-Qaida im islamischen Maghreb beispielsweise geht ursprünglich auf die algerische groupe salafiste pour la prédication et le combat (GSPC) zurück. Andererseits bringen diese Gruppierungen in ihren Äußerungen einen globalen Anspruch zum Ausdruck. Besonders hervorzuheben ist insofern Anwar Awlaki, der einflussreiche Ideologe der al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel, der 2011 getötet wurde. Seine Predigten werden nach wie vor von Islamisten weltweit gehört und zum verbindlichen Maßstab erhoben.

„ungebundene Mujahedin“

In jüngster Zeit standen Anschläge von „ungebundenen Mujahedin“ im Vordergrund. So werden Kleingruppen oder einzelne Personen bezeichnet, die keiner bestimmten Organisation zuzurechnen sind. Das Terrornetzwerk al-Qaida liefert ihnen mittels seiner Audio-, Video- und Internetbotschaften eher ideologische Begründungen für Anschläge, als diese zentral zu planen und selbst durchzuführen. Häufig solidarisiert sich al-Qaida aber im Anschluss mit dem oder den Attentätern (s.a. unter 3.3 „individualisierter Jihad“).

3.3 Die Gefährdung durch den internationalen islamistischen Terrorismus

Die Gefährdung durch den internationalen islamistischen Terrorismus hält trotz wichtiger – durch die Tötung Bin

Ladens und zahlreiche Festnahmen führender al-Qaida-Mitglieder sowie der Enttarnung internationaler Zellen erzielter – Erfolge im internationalen Anti-Terrorkampf an. Die im März 2004 und Juli 2005 verübten Anschläge von Madrid und London sowie die im August 2006 in Großbritannien vereitelten Anschlagspläne auf Passagierflugzeuge zeigen, dass der internationale islamistische Terrorismus auch Europa konkret bedroht.⁵ Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden belegt dies zum einen, dass grenzüberschreitende Strukturen des Terrornetzwerks al-Qaida trotz Schwächung weiterhin funktionsfähig sind. Zum anderen zeigt sich, dass sowohl von al-Qaida gesteuerte, regionale Zellen als auch von al-Qaida ideologisch inspirierte, strukturell ungebundene Attentäter zu verheerenden Anschlägen in der Lage sind.



Die Anschläge in London am 7. Juli 2005

Internationale Anschlagsziele

Die anhaltend hohe Gefährdung durch den internationalen islamistischen Terrorismus belegt auch die steigende Zahl der dem Netzwerk al-Qaida und den organisatorisch oder ideologisch mit ihm verbundenen Gruppen zuzuordnenden Attentate und Anschlagsversuche, die zugleich eine internationale und eine regionale Stoßrichtung offenbaren.

Im Oktober 2010 konnten nach Warnhinweisen eines ausländischen Nachrichtendienstes zwei Paketbomben, die in Frachtgutsendungen deponiert waren, entdeckt und

⁵ Zu den Anschlagsversuchen der „Trolley-Bomber“ siehe Seite 42 „Die Gefährdung Deutschlands“.

unschädlich gemacht werden. Später bekannte sich „al-Qa’ida auf der Arabischen Halbinsel“ zu den Anschlagversuchen. Die Sprengsätze wurden im Jemen als Luftfrachtpakete der Logistikunternehmen FedEx und UPS aufgegeben und waren an jüdische Einrichtungen in Chicago adressiert. Es handelte sich um zwei professionell präparierte Drucker, deren Patronen mit Sprengstoff bestückt waren. Die voll funktionsfähigen Zünder sollten im amerikanischen Luftraum explodieren und die Flugzeuge zum Absturz bringen.

Der Vorfall unterstreicht, dass selbst regionale Zellen von al-Qaida mittlerweile zu Terroraktionen von globaler Reichweite fähig sind. Immer häufiger sind es die „Filialen“, die statt ihrer Kernorganisation al-Qaida spektakuläre Anschläge planen bzw. durchführen. Dies mag zum einen dem Verfolgungsdruck geschuldet sein, dem die Kernorganisation seit dem 11. September 2001 ausgesetzt ist. Zum anderen ist es die Konsequenz des von al-Qaida seit langem propagierten führerlosen und dezentralisierten Jihad.

Der Schwerpunkt der Terroraktivitäten die durch islamistische Gruppierungen durchgeführt wurden, lag in den vergangenen Jahren in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens – vor allem im Irak und auf der Arabischen Halbinsel, sowie Pakistan und Afghanistan. Dabei geht es al-Qaida und den verbündeten Netzwerken nach wie vor um die Vertreibung ausländischer Truppen aus der Region, um den Sturz der als unislamisch empfundenen Regierungen in den arabischen und muslimischen Ländern sowie um das Fernziel der Vernichtung Israels. Auch hier muss die weitere Entwicklung, die mit dem so genannten „Arabischen Frühling“ in Gang gesetzt wurde, abgewartet werden. Dabei stehen die islamistischen Gruppen vor der Frage, ob sie sich der Demokratisierung (wie z.B. von der überwiegenden Mehrheit der Demonstranten in Tunesien und Ägypten gefordert) ihrer Heimatländer anschließen oder ihr Gegennarrativ der Einrichtung eines islamischen Staates nach frühislamischen Vorbild beibehalten.

Gleichzeitig zeichnet sich eine Zunahme von Anschlägen ab, die von Einzeltätern verübt wurden. Diese waren teilweise mit global agierenden Terrororganisationen verbunden:

- 25. Dezember 2009: versuchter Sprengstoffanschlag auf ein Passagierflugzeug in der Nähe von Detroit durch den Nigerianer Umar Faruq Abdalmutallab (logistische Unterstützung durch "al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel")
- 29. März 2010: Doppelanschlag auf Züge der Moskauer Metro/ NKSБ bekennt sich wenig später zu den Anschlägen, 40 Tote und mehr als 100 Verletzte
- 1. Mai 2010: versuchter Autobombenanschlag auf dem Times Square in New York/USA, Täter hatte dem US amerikanischen Generalstaatsanwalt zufolge Bezüge zu einer pakistanischen Terrororganisation
- 24. Januar 2011: Selbstmordanschlag auf Moskauer Flughafen Domodedowo, NKSБ hat sich bekannt, mindestens 37 Opfer
- 2. März 2011: Tötung von zwei US-amerikanischen Soldaten durch einen deutschen Einzeltäter kosovarischer Herkunft am Frankfurter Flughafen (s. u.)

„individueller Jihad“

Dieser modus operandi des islamistischen Jihadismus stellt eine schwer detektierbare aktuelle Bedrohung dar. Insbesondere über das Internet können sich Einzelpersonen oder Kleingruppen islamistischen gewaltbereiten Ideologien zuwenden und für den Jihad aktiv werden. Die auslösenden Motive für eine solche Entwicklung sind vielfältig und kaum kalkulierbar. Noch mehr als in anderen Extremismusbereichen sind die Sicherheitsbehörden bei diesem Phänomen auf Hinweise angewiesen.

Rekrutierung potenzieller Attentäter

Obwohl die Antiterrorbekämpfung etwa in Saudi-Arabien greifbare Erfolge zeigt, gelang es Anhängern von al-Qaida sowohl in Saudi-Arabien als auch in anderen Regionalstaaten, lokale Attentäter für Anschläge zu rekrutieren.



Internetpropaganda von al-Qaida: „Vertreibt die Heiden von der Arabischen Halbinsel“

Als Begründungen für die Anwerbung potenzieller Attentäter dienen den Mujahedin nach wie vor

- die als vermeintlich unislamisch diffamierten Herrschaftsformen in den nah- und mittelöstlichen Staaten,
- ungelöste politische Regionalkonflikte, vor allem der israelisch-palästinensische Konflikt, aber auch der Kaschmir- oder der Tschetschenienkonflikt oder
- die Präsenz alliierter Truppen in Afghanistan und im Irak.

Ausbildung in „Terrorcamps“

Insbesondere die Infrastruktur mit islamistisch-militärischen Ausbildungslagern in der pakistanisch-afghanischen Grenzregion dient zur Rekrutierung und Ausbildung kampfwilliger „Nachwuchsjihadisten“. Auch aus Deutschland lassen sich dort junge Männer ausbilden.

Anfang 2010 lagen den Sicherheitsbehörden Informationen zu rund 255 Personen mit Deutschlandbezug (deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund bzw. Konvertiten sowie Personen anderer Staatsangehörigkeit, die sich in Deutschland aufgehalten haben) mit islamistisch-terroristischem Hintergrund vor, die seit den 1990er Jahren eine paramilitärische Ausbildung erhalten haben sollen bzw. eine solche beabsichtigen.

Ca. 45 dieser 255 Personen haben sich mutmaßlich seit Beginn des Jahres 2001 an Kampfhandlungen in Krisenregionen beteiligt.

Bedrohung durch Audio- und Videobotschaften

Das von al-Qaida und den affilierten Gruppen ausgehende Bedrohungspotenzial wird auch durch die unvermindert



hohe Zahl von Audio- und Videobotschaften, die über eigene Medienorgane produziert und vertrieben werden, belegt.

Erstmaliges Bekenntnis zu den Anschlägen vom 11. September 2001, Videobotschaft Bin Ladens vom 29. Oktober 2004

Diese zielen nicht allein auf die Verbreitung von Anschlagsdrohungen gegen potenzielle Feindstaaten ab, sondern dienen auch der Kommunikation innerhalb und im Umfeld der Netzwerke

sowie der Gewinnung von Unterstützern und Sympathisanten.

Wiederkehrendes Element der zahlreichen Audio- und Videobotschaften des vermehrt als „ideologische Leitstelle“ fungierenden Netzwerks al-Qaida sind einerseits gezielte, andererseits diffuse Anschlägsdrohungen, die an ein internationales bzw. regionales Publikum gerichtet sind.

Die Anschlägsdrohungen gelten vor allem

- den USA, Israel und die Alliierten der USA im Irak- bzw. Afghanistankrieg,
- westliche Staaten,
- Vertretern der irakischen und afghanischen Regierungen sowie
- Staaten mit muslimischen Bevölkerungsmehrheiten, die aus Sicht der Islamisten „unislamisch“ regiert werden (z.B. Algerien, Marokko, Saudi-Arabien).

Insbesondere letztgenanntes Feindbild hat besondere Aktualität. Fast sämtliche politischen Führer in der muslimischen Welt (v.a. in den arabischen Staaten sowie in Afghanistan und Pakistan) werden seitens der militanten Islamisten als „unislamisch“ bezeichnet und „die Muslime“ zum Sturz der Herrscherhäuser aufgerufen. Seit Mitte 2011 wird diesbezüglich vermehrt Solidarität mit den Aufständischen des „Arabischen Frühlings“ zum Ausdruck gebracht und versucht, die Protestbewegungen für die eigenen Ziele zu vereinnahmen.



Kampfaufruf der Jihadisten: „Auf zum Jihad“

Ferner wird wiederholt an „alle Muslime“ der Appell gerichtet, im Namen des Islam einen weltweiten Kampf gegen so genannte „Kreuzritter“, d. h. westliche Ziele, zu führen und werden Attentätergruppen für ihr Agieren und für erfolgreich durchgeführte Anschläge gelobt.

Propaganda und Rekrutierung im Internet

Der internationale islamistische Terrorismus hat im Internet ein Medium gefunden, das seinen Ansprüchen und Bedürfnissen aufs Beste entspricht. Als ortsungebundenes Kommunikationsmittel ermöglicht es - auch anonymes - Produzieren, Senden und Empfangen von Informationen. Je nach Bedarf kann via Internet ein genau definierter oder ein weltweiter unbegrenzter Personenkreis erreicht werden. Dabei ist der erforderliche materielle Aufwand sehr niedrig. Entsprechend vielfältig ist die Nutzung des Internets.

Deklaration

Botschaften an die allgemeine Öffentlichkeit, wie Anschlagsdrohungen oder Tatbekennung werden über das Internet verbreitet. Damit geben sich die Terrororganisationen ein Gesicht und wollen vor allem Stärke demonstrieren. Die entsprechenden Auftritte sind in den vergangenen Jahren immer mehr und vor allem immer professioneller geworden. So lassen sich mittlerweile regelrechte Hochglanzmagazine, wie die englischsprachige Publikation „inspire“ der al-Qaida auf der arabischen Halbinsel herunterladen. Auch die



*Englischsprachiges al-Qaida Online-Magazin
„Inspire“*

Verbreitung von technisch anspruchsvoll gestalteten gewaltverherrlichenden Jihad-Videos nimmt weiter zu, al-Qaida bedient sich hierfür einer

eigenen Medienabteilung (as-sahab).

Erstmals wurde im Laufe des Jahres 2009 eine Vielzahl von Jihad-Videos in deutscher Sprache und mit explizitem Deutschlandbezug veröffentlicht. U.a. wurde in einigen Veröffentlichungen vor der Bundestagswahl 2009 mit Anschlägen in Deutschland gedroht, sollte der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan fortgesetzt werden.

Parallel zu dieser Entwicklung konnten seit 2009 vermehrt Ausreisen bzw. Ausreiseversuche von Personen aus dem islamistisch-terroristischen Milieu festgestellt werden.

Kommunikation

Auch für die interne Kommunikation bietet das Internet ideale Formen des offenen und verdeckten Erkenntnisaustauschs. Jihadisten und Symphatisanten vernetzen sich in Foren und auf Seiten sozialer Netzwerke wie Twitter oder Facebook. Die Mitglieder der so genannten „Sauerlandgruppe“, die 2009 einen Sprengstoffanschlag gegen US-amerikanische Einrichtungen in Deutschland planten, tauschten Nachrichten über Mails im Entwurfsordner eines Internetaccounts aus.

Über jihadistische Internetseiten werden praktische Hilfen für die Vorbereitung von Terroranschlägen verbreitet. Es kursieren diverse Terrorhandbücher und Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen. Die so genannten „Trolley-Bomber“, deren Anschlagsversuch auf deutsche Regionalzüge aufgrund technischer Mängel 2006 fehlschlug, hatten ihre Bomben nach einer solchen Anleitung gebaut.

Radikalisierung und Rekrutierung

Eine große Unbekannte stellt das Radikalisierungspotential dar, das aus den Internetaktivitäten der Jihadisten erwächst. Es kursieren täglich neue Veröffentlichungen, Internetseiten und Foren, die sich an potenzielle Jihadisten richten. Vor allem emotionalisierende Videos und Internet-Magazine bilden das Rückgrat der „Öffentlichkeitsarbeit“ des globalen Jihads. Die Inszenierung von Gewalt soll neue Anhänger für den Kampf motivieren.

Wie radikalierend dieses Medium auch ohne direkte Gruppenanbindung sein kann, wurde durch das Attentat, das am 2. März 2011 auf dem Frankfurter Flughafen verübt wurde, deutlich: Dort wurden zwei Angehörige der US-Streitkräfte erschossen und zwei weitere schwer verletzt. Der zum Tatzeitpunkt 21-jährige Angeklagte, der sich derzeit vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main verantworten muss, lebt seit seiner Kindheit in Deutschland und war hier sozialisiert. Seinen bisherigen geständigen Aussagen zufolge beging er die Tat weder mit Hilfe Dritter noch im Namen einer Terrororganisation. Nach derzeitigem Erkenntnisstand hatte er sich im Laufe von Monaten vor der Tat weitestgehend selbst über das Internet radikalisiert. Er soll einerseits Kriegsspiele und Kampfvideos konsumiert haben und andererseits in diversen sozialen Netzwerken sowie

verschiedenen Foren aktiv gewesen sein. Hier scheint er sich intensiv dem Salafismus zugewandt zu haben. Laut eigenen Angaben des Angeklagten war ein - von ihm nicht als Ausschnitt eines Spielfilm erkanntes - YouTube-Video, welches die Misshandlung einer muslimischen Frau durch US-Soldaten zeigt, Hauptmotiv für seine Tat.

Anhand dieses ersten tödlichen islamistisch motivierten Anschlags auf deutschem Boden wird die besondere Gefahr der Internetradikalisierung deutlich. Die ideologische Beeinflussung geschieht hier isoliert, unbemerkt vom natürlichen sozialen Umfeld und einer damit einhergehenden Kontrolle. Darüber hinaus ist sie oft verbunden mit aggressiven Kriegsspielen, durch welche die Hemmschwelle für Gewalt gesenkt werden kann. Außerdem kann die individuelle Radikalisierung auf diese Weise nicht nur unbemerkt vom Umfeld sondern auch außerhalb des Blickfeldes der Sicherheitsbehörden geschehen.

Die Gefährdung Deutschlands

Wie der Anschlag auf die US-amerikanischen Soldaten am Frankfurter Flughafen deutlich gemacht hat, muss auch für Deutschland von einer unbekannten Zahl bislang nicht enttarnter Mujahedin ausgegangen werden. Diese betrachten Deutschland nicht mehr allein als einen Rückzugs- und Ruheraum, sondern inzwischen auch als Vorbereitungsraum und als potenzielles Ziel von Anschlägen. Im Fokus islamistischer Terroristen ist Deutschland vor allem

- aufgrund seiner Beteiligung am weltweiten Kampf gegen den islamistischen Terrorismus im Rahmen militärischer Einsätze der Bundeswehr und zur Durchsetzung von UN-Resolutionen – etwa in Afghanistan, am Horn von Afrika und vor der libanesischen Küste sowie
- aufgrund der Ausbildung irakischer Polizeibeamter und Offiziere im Rahmen der NATO.

Bereits im November 2002 war Deutschland in einer Audiobotschaft Usama Bin Ladens als ein potenzielles Anschlagziel genannt worden. Auch im April 2004 hatte Bin Laden in einer – erstmals mit deutschsprachigen Untertiteln versehenen Botschaft – u. a. Deutschland mit Anschlägen gedroht, falls es seine Truppen nicht binnen dreier Monate aus Afghanistan abziehe. Seitdem ist die

Zahl deutschsprachiger gegen Deutschland gerichteter Botschaften weiter gestiegen.



Aiman al-Zawahiri: Nachfolger Usama bin Ladens als Führer der Kern Al-Qaida

Dass für Deutschland Gefahren von islamistisch radikalisierten Personen ausgehen können, ist wiederholt durch vereitelte Anschlägeversuche deutlich geworden. So wurden im März 2010 die vier Mitglieder der als „Sauerlandgruppe“ bekannt gewordenen Terrorzelle u. a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Verabredung zum Mord zu Haftstrafen zwischen fünf und zwölf Jahren verurteilt.

Die Angeklagten planten im Auftrag der islamistischen Terrororganisation Islamische Jihad Union (IJU) u. a. Sprengstoffanschläge auf US-amerikanische Einrichtungen. Noch während der Tatvorbereitungen konnten drei der vier Angeklagten in einem Ferienhaus in Oberschledorn im Sauerland festgenommen werden. Im Laufe des Verfahrens legten sie in den wesentlichen Anklagepunkten Geständnisse ab.

Ende 2010 verdichteten sich die bei deutschen Sicherheitsbehörden vorliegenden Hinweise auf etwaige Anschlägeplanungen im Bundesgebiet deutlich. Das Bundesministerium des Innern wies deshalb öffentlich auf die erhöhte Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus hin. Die Sicherheitsbehörden reagierten ihrerseits mit einer Reihe offener und verdeckter Maßnahmen.

Angesichts der wiederholten Drohungen von al-Qaida, ermittelter Anschlagsvorbereitungen sowie diverser Anschlagsvorhaben besteht für Deutschland weiter eine intensivierte Gefährdungslage. Dabei stehen neben staatlichen Institutionen und Wirtschaftsunternehmen

insbesondere hier ansässige US-amerikanische, britische, israelische und jüdische Einrichtungen im Fokus islamistischer Terroristen.

4 STRATEGIEN GEGEN DEN ISLAMISMUS

Die vorangegangenen Kapitel haben gezeigt, dass es sich beim Islamismus um ein sehr vielschichtiges Phänomen handelt. Dem entsprechend bedarf es auch komplexer Lösungsstrategien. Wesentliche Voraussetzung ist es, zwischen der Religion des Islam und der politischen Ideologie des Islamismus zu unterscheiden. Zwar gibt es – insbesondere begriffliche – Ähnlichkeiten zwischen Islam und Islamismus, andererseits aber auch deutliche Unterschiede. Eine Vermengung von Islam und Islamismus verwischt nicht nur die Grenzen zwischen dem Recht auf freie Religionsausübung und verfassungsfeindlichen Bestrebungen. Sie ist darüber hinaus auch kontraproduktiv hinsichtlich der Bekämpfung des Islamismus.

Eine Stigmatisierung der islamischen Religion würde die Ausgrenzung jener Bevölkerungsgruppen fördern, die dem Staat und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung loyal gegenüberstehen. Diese Ausgrenzungserfahrung könnte ihrerseits zum Nährboden für Extremisten jeglicher Art werden, indem sie sich die Frustration zu Nutze machen und trügerische Angebote einer positiven Integrationserfahrung in extremistischen Kreisen unterbreiten.

In diesem Sinne ist eine sachlich richtige und präzise Abgrenzung zwischen Islam und Islamismus der erste und grundlegende Baustein einer Bekämpfung des Islamismus. Hier bedarf es verstärkter gesellschaftlicher Diskussion und politischer Bildungsarbeit. Der Verfassungsschutz leistet bei der Vermittlung dieses Wissens durch Informationsveranstaltungen und die Bereitstellung von Informationsmaterial einen wichtigen Beitrag.

4.1 Auseinandersetzung mit legalistisch agierenden Gruppen

Neben der Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus ist es notwendig, zwischen gewaltorientierten und legalistisch agierenden Gruppen zu differenzieren. Legalistische Gruppen sind bestrebt, eine „Parallelgesellschaft“ nach islamistischem

Politikverständnis zu schaffen. Der Rechtsstaat muss verhindern, dass diese Organisationen einen absoluten Geltungsanspruch der Scharia in Binnenstrukturen durchsetzen und damit wesentliche Rechte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung außer Kraft setzen. Als Instrumentarium dafür stehen neben der Beobachtung vor allem das Zuwanderungs- und Einbürgerungsrecht sowie Maßnahmen des Vereinsrechts zur Verfügung.

In Bezug auf diesen gesellschaftspolitisch agierenden Islamismus besteht jedoch insbesondere die Notwendigkeit, durch Aufklärung und geistig-politische Auseinandersetzung die Attraktivität islamistischer Angebote zu mindern. Ebenso wie eine undifferenzierte Gleichsetzung von Islam und Islamismus auf der einen Seite zu kontraproduktiven Ergebnissen führen kann, dürfen Parallelgesellschaften auf der anderen Seite nicht akzeptiert werden. Diesem Phänomen sollte die gesamte Gesellschaft und insbesondere die verfassungstreuen islamischen Gemeinden ihre Normen und Wertvorstellungen entgegensetzen.

4.2 Bekämpfung gewaltorientierter Gruppen

Von Deutschland aus agierende Gruppen, die Terrorismus in anderen Ländern unterstützen, bedrohen das friedliche Zusammenleben der Völker. Deswegen ist es im Interesse Deutschlands, die Tätigkeiten dieser Gruppen in der Bundesrepublik zu unterbinden. Eine weitere Herausforderung für Gesellschaft und Sicherheitsbehörden ist das Phänomen des „homegrown terrorism“, das heißt terroristischer Aktivitäten von Personen, die scheinbar in die Gesellschaft integriert sind.

Verfassungsschutz und Polizei tragen durch ihre Arbeit dazu bei, den Aktionsradius gewaltorientierter Gruppen zu begrenzen. Das nach dem 11. September 2001 geänderte Zuwanderungsgesetz gibt den Behörden neue Möglichkeiten, gegen Extremisten vorzugehen. Personen, die die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden, sich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligen, öffentlich zur Gewaltanwendung aufrufen oder einer Vereinigung angehören, die den internationalen Terrorismus unterstützen, können sowohl Visa und

Aufenthaltsgenehmigungen als auch Einreise und Aufenthalt in Deutschland untersagt werden.

Eine weitere wichtige Änderung betrifft das Vereinsgesetz und die Streichung des so genannten Religionsprivilegs. Mit der Neufassung und Ausweitung der Vereinsverbotsgründe kann verhindert werden, dass gewalttätige oder terroristische Organisationen von Ausländervereinen in Deutschland unterstützt werden. Verboten wurde beispielsweise die islamistisch-extremistische Organisation Al-Aqsa e. V.

Erweiterte Befugnisse von Sicherheitsbehörden

Mit dem im Januar 2002 in Kraft getretenen Terrorismusbekämpfungsgesetz (Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus) wurden zahlreiche Sicherheitsgesetze geändert. Die Kompetenzen des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz zur Informationsgewinnung und zum Informationsaustausch wurden – zunächst auf fünf Jahre befristet - deutlich erweitert.

Dem Bundesamt für Verfassungsschutz wurden unter hohen formellen Voraussetzungen Auskunftsrechte gegenüber Finanzunternehmen, Luftfahrtunternehmen, Postdienstleistungsunternehmen sowie Telekommunikationsdiensten und Teledienstunternehmen eingeräumt.

Durch Artikel 3 des Thüringer Gesetzes zur Änderung des Polizei- und Sicherheitsrechts vom 20. Juni 2002 wurde eine erste Anpassung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes vorgenommen.

Mit dem Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz vom 5. Januar 2007 wurden die erweiterten Befugnisse für weitere fünf Jahre bestätigt und in Teilen erweitert. Mit Artikel 2 des Thüringer Gesetzes zur Änderung sicherheits- und verfassungsschutzrechtlicher Vorschriften vom 16. Juli 2008 erfolgte eine weitere Angleichung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes an die bundesrechtliche Regelung.

Im Juni 2011 einigte sich die Bundesregierung erneut auf eine Verlängerung eines Großteils der Gesetzesänderungen.

Ein weiterer Baustein dieser erweiterten Sicherheitsarchitektur ist die Einführung fälschungssicherer Pässe durch

die Verwendung biometrischer Daten. Ziel ist es hier, die Grenzüberschreitung von Terroristen so weit wie möglich zu unterbinden.

Internationale Kooperation und Außenpolitik

Die von Mujahedin-Terrornetzwerken ausgehenden Gefahren verdeutlichen die Notwendigkeit verstärkter internationaler Kooperation der Sicherheitsbehörden. Grundlegendes Kennzeichen der Mujahedin sind ihre transnationalen Netzwerkstrukturen, die geografisch orientierte nationale Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen stellen. Hier ist eine enge Kooperation mit den Partnerdiensten in befreundeten Ländern notwendig.

Durch den transnationalen Charakter des Terrorismus sind innere und äußere Sicherheit nicht mehr präzise zu unterscheiden. Außenpolitik ist ein wichtiges Instrument der Terrorismusbekämpfung und muss als solches verstanden werden. Das Phänomen „gescheiterter Staaten“ („failed states“), in denen sich der Terrorismus aufgrund schwacher oder fehlender staatlicher Strukturen und der Erosion des Gewaltmonopols ausdehnen kann, kann auch die Sicherheit Deutschlands gefährden. Hier gilt es, mit Hilfe multilateraler Institutionen einen gemeinsamen präventiven Ansatz der Außenpolitik zu finden. Deutschland trägt sowohl in Afghanistan als auch im Irak zur Entwicklung und Stärkung demokratischer Institutionen bei.

4.3 Wie Sie helfen können

Der Kampf gegen islamistische Positionen in Politik und Gesellschaft fordert alle demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürger. Der Verfassungsschutz nimmt in diesem Bereich eine Beratungsfunktion wahr. Wenn Sie Informationsbedarf haben, können Sie wie folgt Kontakt mit dem Verfassungsschutz aufnehmen:

Postanschrift

Thüringer Landesamt	Postfach 54 01 21
für Verfassungsschutz	99051 Erfurt

E-Mail und Internet

kontakt@tlfv.thueringen.de
www.thueringen/de/verfassungsschutz

Telefon/Fax

Allgemein: ☎: (0361) 4406-0
Fax: (0361) 4406-251
Öffentlichkeitsarbeit: ☎: (0361) 4406-122

Sollten Sie selbst im Besitz von Informationen sein, die Sie als für den Verfassungsschutz oder die Polizei relevant betrachten, können Sie sich über das vertrauliche Hinweis-telefon an den Verfassungsschutz wenden.

Hinweistelefon ☎: (0361) 4406-302

Logos islamistischer Organisationen



**„Islamische Gemeinschaft
Milli Görüş“ (IGMG)
türkisch / nicht-gewaltorientiert**

Das Kürzel IGMG, der Halbmond und die in grün, der Farbe des Islam, gehaltene Landkarte Europas.



**„Muslimbruderschaft“ (MB)
pan-arabisch / nicht-gewaltorientiert**

Der Koran über zwei gekreuzten Schwertern - Symbol des islamistischen Verständnisses des Islam als vermeintlicher Einheit von Religion und Politik. Für die frühere Gewaltorientierung steht ein Auszug aus Sure 8: 60: „Und rüstet gegen sie auf, soviel ihr an Kriegsmacht und Schlachtrossen aufbieten könnt (...).“



**„Bewegung des islamischen Widerstands“
(HAMAS)**

arabisch-palästinensisch / gewaltorientiert

Der Felsendom, gekreuzte Schwerter, palästinensische Flaggen und die Landkarte Palästinas: Islamistischer und nationaler Anspruch der Palästinenser auf ganz Palästina mit Jerusalem als Hauptstadt.



**„Hizb Allah“ („Partei Gottes“)
arabisch-libanesisch / gewaltorientiert**

Der Name „Hizb Allah“ ist Teil von Koransure 5: 56: „Die auf Gottes (Allahs) Seite stehen, werden dereinst Sieger sein“. Der arabische Buchstabe „A“ in „Allah“ ist zudem als gereckte Faust mit Maschinenpistole stilisiert. Unterzeile: „Die islamische Revolution im Libanon“.



**„Hizb al-Tahrir al-Islami“ (HuT / „Partei der islamischen Befreiung“)
international / gewaltorientiert**

Der Weltherrschaftsanspruch der HuT: Die Weltkarte und eine Flagge mit dem islamischen Glaubensbekenntnis „La ilaha illa Allah – Muhammadun Rasul Allah“ („Es gibt keinen Gott außer dem einen Gott und Muhammad ist der Gesandte Gottes“).



**„Kalifatsstaat“ („Hilafet Devleti“)
türkisch / gewaltorientiert**

In grün, der Farbe des Islam, gehaltene Flagge mit dem islamischen Glaubensbekenntnis. Unterzeile: „Khilafet devleti“ („Kalifatsstaat“ auf Türkisch in arabischer Schrift).



**„Mujahedin-Netzwerke“ / al-Qaida
international/ gewaltorientiert**

Logo von al-Qaida mit bewaffnetem Reiter und Slogan: „Nur im Jihad liegt die Kraft“.



**„Ansar al Islam“
Kurdisch / islamistisch / gewaltorientiert**

Logo von **Bla**

***Bestellungen von Publikationen des Thüringer
Landesamtes für Verfassungsschutz***

Anfrage Informationsmaterial: ☎ (0361) 4406-122

Die Liste der Publikationen und weitere Veröffentlichungen des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz sind im Internet unter

<http://www.thueringen.de/verfassungsschutz>
eingestellt.

Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz bietet zudem Vorträge zu den einzelnen Extremismusbereichen an.

Nähere Informationen hierzu erhalten Sie über den Bereich Öffentlichkeitsarbeit (☎ (0361) 4406-122).

Herausgeber:

Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz
Haarbergstraße 61
99097 Erfurt

Publikation über Themen des Islamismus
mit freundlicher Genehmigung der Senatsverwaltung
für Inneres und Sport Verfassungsschutz Berlin
(überarbeiteter Nachdruck)
Stand: 2012